

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

50. **JU** NRW-Tag



**STADT. LAND. MENSCH.**

*Unsere Ideen für die Heimat von Morgen*

15.–16. November 2014 in Arnsberg  
**#nrwtags0**

**„Zukunft des ländlichen Raums“**

**Beschluss zum 50. JU NRW-Tag  
am 15./16. November 2014 in Arnsberg**

## **„Zukunft des ländlichen Raums“**

Rund 60 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen leben außerhalb der Großstädte. Neben der hohen Lebensqualität, der Natur und den Kulturlandschaften ist der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen auch ein Ort für hochwertige Arbeitsplätze in Handwerk, Handel, Dienstleistung und Industrie, im Tourismus, in der Landwirtschaft oder Lebensmittelerzeugung. Um diese Strukturen in der Zukunft erhalten, bzw. ausbauen zu können, ist eine gezielte Unterstützung und Förderung der ländlichen Regionen notwendig. Nicht allein die Ballungszentren sind der Lebensmittelpunkt von NRW, sondern alle Teile des Landes sind gleich wichtig.

### **Landesentwicklungsplan**

Zurzeit erarbeitet die Landesregierung einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP). Der LEP soll Ziele und Grundsätze zur räumlichen Struktur, zum Klimaschutz, zu einer besseren regionalen Zusammenarbeit und zur Kulturlandschaftspflege festlegen. Damit soll der LEP die Entwicklung von Siedlungsräumen, Freiräumen, Verkehrs- und technischer Infrastruktur sowie der Rohstoff- und Energieversorgung steuern. Die Junge Union fordert daher, dass der LEP keine Nachteile für den ländlichen Raum haben darf. Die Kritik der Bürger, der Verbände und der Wirtschaft muss ernst genommen werden. Kommunen im ländlichen Raum benötigen eine nachhaltige Perspektive für ihre Entwicklung. Maßnahmen wie das angekündigte Brachflächenmanagement oder das starre „Netto-Null-Ziel“ betrachten wir daher sehr kritisch.

Auch für den ländlichen Raum sieht der Entwurf konkrete Vorgaben vor. Unter anderem sollen Dörfer unter 2.000 Einwohner auf die Eigenentwicklung beschränkt werden. Auch eine Entwicklung von kleineren Dörfern muss weiter möglich sein. Solche Einschränkungen wie im LEP sind daher abzulehnen.

Die Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen soll für Unternehmen in solitären Lagen nicht mehr möglich sein. Mit aktuell ca. 70 Prozent der Industriebeschäftigten im kreisangehörigen Raum ist insbesondere der ländliche Raum ein wichtiger Standort von Industrie und produzierendem Gewerbe. Er darf bei der Ausweisung von Gewerbe- und Industriestandorten nicht benachteiligt werden. Insbesondere soll auch zukünftig die Hoheit für

Planung, Entwicklung und Ausweisung von Gewerbe- sowie Siedlungsflächen weiterhin in höchstmöglichem Maße bei den einzelnen Kommunen liegen. Daher lehnen wir den aktuellen Entwurf des LEP grundsätzlich ab.

### **Schule im ländlichen Raum**

Wir wollen, dass alle Kinder in unserem Land entsprechend ihrer Begabungen und individuellen Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. So unterschiedlich wie die Talente unserer Kinder sind, so unterschiedlich müssen auch die schulischen Rahmenbedingungen sein. Insbesondere im ländlichen Raum gilt daher der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“. Wir wollen wohnortnahe Schulen – insbesondere die Grundschulen auf den Dörfern – erhalten. Daher muss die Landesregierung sicherstellen, dass auch kleine Klassen und Schulen auf den Dörfern mit deutlich weniger als 23 Kindern pro Jahrgang erhalten bleiben, aber auch bezahlbar sind.

Die Inklusion stellt den ländlichen Raum vor besondere Herausforderungen: Viele kleine Förderschulen sicherten bisher eine flächendeckende Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Im ländlichen Raum sind die Kinder heute schon oft über eine Stunde unterwegs zu ihrer Förderschule. Die von der rot-grünen Landesregierung angestrebte Mindestgröße von 144 Schülern pro Förderschule bedeutet nun aber das Aus für fast alle Förderschulen im ländlichen Raum. Das heißt nicht nur, dass alle Kinder der bisherigen Förderschulen an Regelschulen unterrichtet werden müssen, sondern auch, dass für die Eltern keine Wahlfreiheit mehr besteht. Sie können nicht mehr entscheiden, welche Schule für ihr Kind individuell die beste ist: Förderschule oder reguläre Schule. Wir setzen uns auch weiterhin für Förderschulen in der Fläche ein, auch wenn die Mindestzahl von 144 Schülern nicht erreicht wird. Die bestmögliche Förderung des Kindes muss immer im Vordergrund stehen.

### **Breitbandversorgung**

Wir brauchen eine flächendeckende Breitbandversorgung! Unser Verständnis von Breitbandversorgung ist dabei, dass es sich auch um einen Internetanschluss ohne Beschränkung des monatlichen Datentransfervolumens handelt. Die Erhöhung der Datenübertragungsrate auf mindestens 50 Mbit bis 2018 darf für uns nur der Beginn des Ausbaus einer digitalen Infrastruktur sein. Darüber hinaus muss eine flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetzen das Ziel bleiben, um auch deutlich höhere Geschwindigkeiten zu ermöglichen. Denn eine Steigerung der Breitbandnutzerrate sorgt insbesondere für ein

höheres Wirtschaftswachstum. Viele Unternehmen brauchen einen schnellen Internetanschluss, um überhaupt weiter am Markt tätig sein zu können und ländliche Regionen gewinnen mit schnellem und unbeschränktem Internet an Attraktivität. Der Breitbandbedarf ist gerade im ländlichen Raum groß. Nur ein Drittel der Haushalte kann dort auf Breitband zurückgreifen. Bisher investiert die rot-grüne Landesregierung einen geringen Betrag von nur 9 Millionen Euro jährlich für schnelles und unbeschränktes Internet. Die Landesregierung verschläft damit den Breitbandausbau. Zum Vergleich: Das Bundesland Bayern investiert bis 2017 etwa 2 Milliarden Euro in den Ausbau der Breitbandversorgung. In NRW waren viele Kommunen bereits gezwungen eigene Netzbetreiber zu gründen. Nur dank dieser kommunalen Anstrengung konnten viele Gemeinden überhaupt an das moderne Breitbandnetz angeschlossen werden. Wir fordern die Landesregierung auf, die Investitionen in den Breitbandausbau auf ein angemessenes Niveau zu erhöhen und den Anreiz möglichst nicht finanzieller Art für Unternehmen zu erhöhen, den ländlichen Raum mit schnellem und unbeschränktem Internet zu versorgen. Gleichzeitig gilt es, bereits existierende lokale Versorgungsgesellschaften verstärkt zu unterstützen, um Breitbandausbau auch in jenen Bereichen zu ermöglichen, die aus Rentabilitätsgründen durch die Breitbandversorger nicht erschlossen werden.

## **Wohnen**

Es ist absehbar, dass vor allem ältere Immobilien und ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude vermehrt von Leerstand betroffen sein werden. Studien gehen davon aus, dass bereits Leerstandsquoten von 10% dazu führen können, dass das Wohnen in der betroffenen Ortschaft unattraktiv wird und sich eine nicht mehr aufzuhaltende Entvölkerung einstellt. Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, schnellstmöglich ein Förderprogramm für den ländlichen Raum zu erstellen, das junge Menschen und junge Familien, die eine alte Immobilie kaufen wollen, dabei gezielt finanziell unterstützt. Die Städte und Gemeinden sollen bei Teilnahme an dem Förderprogramm angehalten werden, als Lotsen tätig zu werden und Immobilien an Interessierte zu vermitteln. Förderfähig soll grundsätzlich sowohl der Abriss als auch die Renovierung der Alt-Immobilie sein.

## **Verkehr**

Wir fordern eine Verkehrspolitik, die bestehende Verkehrsnetze erhält und den ländlichen Raum weiter erschließt. Denn ein schlecht erschlossener ländlicher Raum verliert gegenüber den Ballungszentren im Wettbewerb bei der Ansiedlung von Unternehmen und Familien. Eine gute

Anbindung an Autobahn und Schiene ist besonders für die im ländlichen Raum angesiedelten mittelständischen Unternehmen aus logistischen Gründen notwendig. Wir fordern daher die Landesregierung auf, die vom Bund zugewiesenen Mittel auch tatsächlich zu 100 Prozent abzurufen. Dies erfordert, dass genügend Projekte fertig geplant und realisierbar sind. Dankbar schauen andere Bundesländer auf den Planungsstau in NRW, weil sie von den nicht abgerufenen Geldern profitieren. Gleichzeitig muss die Landesregierung ihr Verhalten bei neu zu planenden Projekten ändern. Ziel muss es immer sein, die Realisierung der Projekte voranzutreiben. Dabei müssen Bedenken auch in die Planung mit einbezogen werden, dürfen aber nicht über dem Ziel der Anbindung an die Verkehrswege stehen.

Es müssen Konzepte entwickelt werden, wie der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum weiter aufrechterhalten und gegebenenfalls ausgebaut und weiterentwickelt werden kann und finanzierbar bleibt. Der Landesregierung fällt dabei die Aufgabe des Mittlers zu: Die Konzepte müssen vor Ort umgesetzt werden, das Land kann hierbei aber Synergien zwischen den Regionen fördern, um bewährte Konzepte auf andere Regionen zu übertragen. Auch eine Kooperation unter den Regionen ist wünschenswert, da der öffentliche Personennahverkehr vielfach das Transportmittel der Jugend ist, die keinen Führerschein oder Fahrzeug besitzt, aber für Schule, Studium, Ausbildung und Freizeit auf diese Art der Mobilität angewiesen ist. Die Junge Union NRW setzt sich für den Erhalt des NRW-Tickets für Studenten ein.

### ***Gesundheitsversorgung***

Um die Attraktivität des ländlichen Raums für alle Menschen, besonders aber für wachsende Familien und Senioren weiterhin zu wahren, muss auch eine angemessene Gesundheitsversorgung gewährleistet werden. Eine gute Krankenhausanbindung, sowie die ärztliche Grundversorgung sollten verfügbar sein. Außerdem kann durch eine dichte RTW-Stationierung sowie durch handlungsorientiert ausgebildete Notfallsanitäter die Versorgung optimiert und das Eintreffen in einer Fachabteilung beim zuständigen Arzt verkürzt werden.

### ***Nahversorgung***

Um zu gewährleisten, dass der ländliche Raum auch weiterhin als Wohngebiet nutzbar bleibt, ist es wichtig, auch die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs zu fördern. Besonders für eingeschränkt mobile Mitmenschen ist die Möglichkeit, auch vor Ort einzukaufen unersetzbar. Bestimmungen und Auflagen die für die Eröffnung eines Geschäfts,

auch im Nebenerwerb oder als mobiler Service, müssen gelockert werden. Zusätzlich sollte mittels Modellinitiativen und -beispielen Bewusstsein bei den Kommunen geschärft werden.

## ***Landwirtschaft***

Ohne die Landwirtschaft wäre der ländliche Raum nicht der Kulturräum, den er heute darstellt. Die vielen landwirtschaftlichen Betriebe haben über Jahrhunderte eine unverwechselbare (Kultur-)Landschaft geschaffen. Neben der Erzeugung von hochwertigen Nahrungsmitteln schützen und pflegen die Bauern unsere Natur, bewahren die Lebens- und Erholungsräume unserer ländlichen Regionen und tragen zur nachhaltigen Energieversorgung bei. All diese Aufgaben erfüllt die Landwirtschaft mit höchster Qualität und Sicherheit für die Endverbraucher. Sie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in unserem Land und bildet eine der zentralen Säulen unserer Gesellschaft. Im globalen Wettbewerb hat sich die Landwirtschaft in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten stets angepasst und dabei qualitativ auf höchstem Niveau gewirtschaftet. Auch in Zukunft wird die Landwirtschaft ein Mittelpunkt unserer Gesellschaft sein. Sie stellt unsere Ernährung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher. Eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft muss auch in Zukunft gesichert werden. Die Junge Union NRW spricht sich daher für eine Stärkung der Landwirtschaft aus, in dem die Leistungen der Landwirtschaft unterstützt und nicht durch unnötige Vorgaben verhindert werden.

## ***Jäger unterstützen!***

Ein sinnvoller Ausgleich aller Nutzer der ländlichen und bewaldeten Flächen ist unerlässlich. Neben Forst- und Landwirtschaft gehört dazu die Jägerschaft als eine Gruppe, die viel ehrenamtliches und finanzielles Engagement für den Dienst an der Natur aufbringt, aber auch Spaziergänger, Hundebesitzer, Reiter etc. Wichtig ist, dass wirtschaftliche Interessen und Eigentumsrechte mit einer nachhaltigen Vorgehensweise verbunden werden. Die Jägerschaft nimmt ihren Auftrag derzeit unter der geltenden Gesetzeslage vorbildlich wahr. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Novelle des Landesjagdgesetzes fordert die JU NRW den nordrhein-westfälischen Umweltminister nachdrücklich dazu auf, die berechtigten Forderungen der Jägerschaft und der anderen Verbände des ländlichen Raums zu berücksichtigen. Das ist bisher nicht geschehen. Insbesondere weist die JU NRW darauf hin, dass eine ideologiefreie und am Sachgegenstand orientierte Jagdpolitik das Beste sowohl für die Tierwelt wie auch die Land- und Forstwirtschaft darstellt.

## ***Die Lebensgrundlage Boden erhalten!***

Für unsere Landwirtschaft ist die Ressource Boden als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage von herausragender Bedeutung. Bei unseren nordrhein-westfälischen Landwirten steht deshalb über Generationen hinweg der Schutz und Erhalt wertvoller Ackerfläche im Fokus ihrer täglichen Arbeit. Es ist schon lange gelebte Selbstverständlichkeit, dass über 17 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen freiwillig im Rahmen des Vertragsnaturschutzes in besonderen Agrarumweltprogrammen bewirtschaftet werden. In NRW sind für Siedlungs- und Verkehrsflächen im langjährigen Mittel bisher 15 ha pro Tag versiegelt und somit der Landwirtschaft unwiederbringlich entzogen worden. Dies bedeutet, dass jeden dritten Tag die Fläche eines durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebes in NRW verloren geht. Darüber hinaus wird die Versorgung mit regionalen Nahrungsmitteln immer weiter erschwert. Im Bewusstsein, dass es sich beim Boden um ein nicht vermehrbares Gut handelt, plädiert die Junge Union NRW deshalb einerseits dafür, den Flächenverbrauch in Zukunft zu reduzieren und andererseits den vorhandenen Boden durch ein Verbot von Fracking zu schützen. Dies kann über die Nutzung bestehender Industriebrachen oder Schließung von Baulücken, sowie durch Rekultivierung von nicht mehr verwendeten Industrieflächen Geschehen. Daneben ist eine Abkehr von der Ausgleichssystematik „Fläche für Fläche“ hin zu einem System des qualitativen Ausgleichs für Eingriffe in die Natur zu etablieren. Zudem ist beim Bau von Straßen schonend mit den Flächen zu verfahren. Deutlich bleiben muss zudem auch, dass auch der ländliche Raum weiterhin Entwicklungspotential für Bauflächen, Gewerbe- und Industrieflächen hat. Die vom damaligen CDU-Umweltminister gegründete „Allianz für die Fläche“ war ein richtiger Schritt, um zwischen den Interessen aller Beteiligten zu vermitteln.